

Vortrag beim Laurentius-Empfang der Katholischen Stadtkirche Wuppertal  
am 23. August 2024

### ***Wie politisch sollte die Kirche sein?***

#### ***Anmerkungen zum aktuellen Verhältnis von Kirche und Politik***

Am 23. März 2024 berichtete der MDR in einem Hörfunkbeitrag unter dem Thema „Wie politisch darf die Kirche sein?“ über den Zusammenschluss von rund 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen zum Schutz der Demokratie und gegen die Bedrohung von rechts. Dem Bündnis „Zusammen für Demokratie“ gehören u.a. der DGB, Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie Kultur- und Sportverbände wie auch die beiden großen christlichen Kirchen an. Bei den anstehenden Wahlen drohe, dass die AfD und andere extrem rechte Parteien weiter gestärkt werden, hieß es in dem Gründungsauftrag des Bündnisses.

Schnell wurden Vorwürfe auch aus den Reihen der AfD laut, die Kirche habe sich nicht in die Politik einzumischen. Damit sind wir mitten in unserem Thema angekommen.

Und es gibt weitere mehr oder weniger aktuelle Anlässe:

- Besorgnis des früheren MP von NRW und CDU-Bundesvorsitzenden Laschet im Sommer 2023 über den Zustand der Kirche: Die Kirche sei zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Er beklagte den großen Verlust, den eine Gesellschaft erfahre, in der die Kirchen ihre Werte nicht mehr einbringen, weil sie zu schwach, oder in ihrer Glaubwürdigkeit beschädigt sind, weil niemand sonst diese Werte vermittelt.
- Erklärung der deutschen Bischöfe am Ende der Frühjahrsvollversammlung 2024 der DBK zur Unvereinbarkeit von völkischen Nationalismus und Christentum („AfD-Papier“), dem sich auch die EKD angeschlossen hat
- Einlassungen von Erzbischof Heße („Flüchtlingsbischof“ der DBK) und Landesbischof Stäblein Anfang Mai 2024 zum Grundsatzprogramm der CDU: Warnung vor einem radikalen Bruch der CDU mit ihrem humanitären Erbe im Flüchtlingschutz
- Aktuelle Diskussionen aus der Medizinethik (Abtreibung, Assistierter Suizid, Organtransplantation)

→ Was denn nun: Mehr einbringen (Laschet) oder mehr Zurückhaltung?

## Biblische Einlassungen zum Verhältnis Kirche – Politik

- *So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. (Mk 12,17)*
- *Petrus und die Apostel antworteten [dem Hohen Rat]: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen. (Apg 5,29)*
- *Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt. (Röm 13,1)*
- *Unterwerft euch um des Herren willen jeder menschlichen Ordnung: dem Kaiser, weil er über allem steht, den Statthaltern, weil sie von ihm entsandt sind, um die zu bestrafen, die Böses tun, und die auszuzeichnen, die Gutes tun. ... Erweist allen Menschen Ehre, liebt die Brüder, fürchtet Gott und ehrt den Kaiser. (1 Petr 2,13-14.17)*

## Zweites Vatikanisches Konzil (1962-1965):

- Auszug aus Art. 76 der Pastoralconstitution über die Kirche in der Welt von heute, Gaudium et Spes:

*„Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom. Beide aber dienen, wenn auch in verschiedener Begründung, der persönlichen und gesellschaftlichen Berufung der gleichen Menschen. Diesen Dienst können beide zum Wohl aller umso wirksamer leisten, je mehr und besser sie rechtes Zusammenwirken miteinander pflegen; ...*

*Der Einsatz des Christen in der Welt hat in der 2000-jährigen Geschichte verschiedene Ausdrucksweisen und Wege gefunden. Einer davon ist die aktive Teilnahme in der Politik.*

*Das Leben in einem demokratischen System könnte sich nicht gut entfalten ohne die aktive, verantwortliche und großzügige Beteiligung aller ...“*

- Auszug aus Art. 14 des Dekretes *Apostolicam actuositatem* über das Laienapostolat:

*„In Liebe gegenüber ihrer Nation und in treuer Erfüllung ihrer bürgerlichen Aufgaben sollen die Katholiken sich verpflichtet wissen, das wahre Gemeinwohl zu fördern und das Gewicht ihrer Meinung stark zu machen, damit die staatliche Gewalt gerecht ausgeübt wird und die Gesetze der sittlichen Ordnung und dem Gemeinwohl entsprechen.“*

### Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) 2023:

- Konfessionelle Zusammensetzung (43 % konfessionslos, 25 % kath., 23 % evang., 4 % andere christl. Konf., 5 % Nicht-Christen)
- Vertrauen in die Institution (Skala 1-7): Kath. Kirche bei Katholiken 3,3; Gesamtbevölkerung 2,3; Konfessionslose 1,8
- Ehrenamtliches Engagement 49 % der Katholiken

### ➤ 6. Thema: Demokratie / Perspektiven kirchlichen Handelns:

*„Wichtig bleibt für sie (= die evangelische Kirche, BK) das Prinzip der Gemeinwesenorientierung: Kirchliche Präsenz und kirchliches Handeln sollen dem Ganzen der Gesellschaft zugutekommen. Das bedeutet: Einerseits ist es erstrebenswert, dass die Bindung der Mitglieder nicht stark von ihren politischen Ansichten abhängt. Andererseits bleibt es wichtig, dass die Kirche in der Lage ist, sich klar auch zu politischen Entwicklungen zu positionieren, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterminieren. Vor allem rechtsautoritäre Einstellungen sind für die Stabilität der Demokratie gefährlich, weil sie mit erhöhter Anomie-Wahrnehmung, geringem zwischenmenschlichen Vertrauen, Populismus, wenig Sinn für gesellschaftliches Engagement und Solidarität sowie mit religiöser Intoleranz einhergehen. Deshalb sind die Kirchen aufgerufen, sich dazu zu verhalten. ...“*

### Herausforderungen:

- weniger als die Hälfte Christen / Kirchenglieder
- Säkularität und Pluralität der deutschen Gesellschaft
- Diskussion um das Selbstverwaltungs- bzw. Selbstbestimmungsrecht der Kirchen und Religionsgemeinschaften (z.B. kirchl. Arbeitsrecht, Kirchenfinanzierung, Religionsunterricht als ordentl. Lehrfach, theologische Fakultäten an staatl. Universitäten, Paralleljustiz / -recht)
- Einrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge (kath. Kirche in NRW größter nicht-staatlicher Träger)
- Vertretung in Gremien (z.B. WDR-Rundfunkrat)
- Präsenz in Institutionen (Anstaltsseelsorge)
- Umgang mit und Aufarbeitung von sexueller Gewalt in der Kirche
- rasanter Glaubwürdigkeitsverlust

Frage der Weiterentwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat – und im Zusammenhang damit Frage nach der politischen Einflussnahme der Kirche:

- KMU problematisiert die rückläufige Relevanz der Kirche in der Gesellschaft
- Selbstverwaltungsrecht immer begründungsbedürftiger (Beispiel: Versagen in der Aufarbeitung)
- Wichtig ist das politische Engagement von Christen, weniger der Kirche!
- Aber: Ist denn die Kirche zumindest noch eine moralische Instanz in der Gesellschaft bzw. im Staat?
- Oder anders gefragt: Hat sie ein moralisches Wächteramt?
- Oder hat sie vielleicht nur noch die Funktion einer „Moralagentur“ (Hans Joas)?

Natürlich kann die Kirche nie allen Erwartungen gerecht werden. Dazu eine interessante Beobachtung: die Unterscheidung von

- Individualethik, die den einzelnen betrifft, und
- Sozialethik, die die Gesellschaft betrifft.

Wenn sich die Kirche zu individualethischen Fragestellungen wie z.B. Lebensschutz, Abtreibung, Assistierter Suizid, Organtransplantation, künstliche Befruchtung, Ehe, Familie oder andere Lebensformen äußert, geschieht dies zumeist zur Freude der Konservativen und zum Missfallen der Progressiven.

Genau umgekehrt verhält es sich bei den sozialetischen Fragestellungen: Äußert sich die Kirche etwa zur Friedensethik, zum Umweltschutz, zur sozialen Verteilung der Mittel, zur Situation auf dem Mietwohnungsmarkt, zur Migration oder zur Integration, sind die Progressiven sehr zufrieden – ganz im Gegensatz zu den Konservativen.

Was also ist zu tun oder auch nicht zu tun?

- Problematisch ist die politische Einmischung / Positionierung als Ersatzverkündigung in einer Zeit, in der immer weniger Menschen unsere eigentliche Botschaft, nämlich das Evangelium, hören wollen.
- Den zunehmenden Bedeutungsverlust von Religion sollten wir nicht mit moralischen Appellen, unsere mangelnde religiöse Kompetenz nicht mit scheinbarer moralischer Kompetenz zu kompensieren versuchen.

## Sieben Thesen

1. Es ist Aufgabe der Kirche, für grundlegende Positionen auch dem Staat und der Politik gegenüber einzutreten (Würde des Menschen, [Religions-]Freiheit, Lebensschutz, Demokratie, Rechtsstaat, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Frieden ...).
2. Im Gegensatz dazu gehört es nicht zu den Aufgaben der Kirche, konkrete politische Vorgaben zu machen (in der Sozialpolitik, in der Umweltpolitik [z. B. Tempolimit], in der Migrationspolitik...)
3. Die Kirche muss politische Unabhängigkeit und Neutralität wahren und darf sich nicht einseitig parteipolitisch positionieren. (Problem: polit. Engagement von Amtsträgern; für Priester gilt nach c. 285 § 3 CIC ein Mandatsverbot)
4. Das politische Engagement der Kirche darf nicht zu internen Spaltungen und gesellschaftlichem Unfrieden führen. (z. B. Südamerika)
5. Das politische Engagement der Kirche darf deren Grundfunktionen (Feier der Liturgie, Verkündigung des Evangeliums und Einsatz für die Armen) nicht überlagern oder behindern. Die Grundfunktionen müssen Priorität haben.
6. Das politische Engagement der Kirche darf der Seelsorge nicht entgegenstehen. Die Kirche ist zu allen Menschen gesandt. (*Nicht die Gesunden benötigen den Arzt, sondern die Kranken.*)
7. Unsere Botschaft weist über die innerweltliche Perspektive hinaus (kein rein immanenter, sondern auch ein transzendenter Auftrag der Kirche, in der Welt aber nicht von der Welt).

Ich habe meine Überlegungen begonnen mit einem Bericht über den Zusammenschluss eines Bündnisses „Zusammen für Demokratie“ unter der Beteiligung der beiden christlichen Kirchen.

Lassen Sie mich jetzt zum Schluss kommen mit einem nahezu tagesaktuellen Thema: Im Frühjahr 2024 haben die Bischöfe der Bistümer Dresden-Meißen und Görlitz sowie der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens die ökumenische Initiative „Für alle. Mit Herz und Verstand“ ins Leben gerufen und die Menschen in Sachsen, insbesondere die Mitglieder der christlichen Kirchen, dazu aufgerufen, wählen zu gehen und bei ihrer Wahlentscheidung zu berücksichtigen, dass Menschenwürde, Nächstenliebe und Zusammenhalt grundsätzlich für alle Menschen gelten und bei der eigenen Wahlentscheidung leitend sein sollten.

Auf dieser Grundlage hat das Katholische Büro in Sachsen in Kooperation mit dem dortigen Evangelischen Büro und der katholischen Erwachsenenbildung Sachsen bei dem katholischen Moraltheologen Professor Dr. Peter Schallenberg aus Paderborn eine Analyse der Wahlprogramme der sechs aussichtsreichsten Parteien aus christlicher Perspektive in Auftrag gegeben. Ihr Anliegen bestand darin, die in den Wahlprogrammen formulierten Positionen in den Themenfeldern Bildungspolitik, Familien- und Gesundheitspolitik, Integrationspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Klima- und Umweltpolitik an den Maßstäben der christlichen Sozialethik zu messen. Die Analyse, die unter dem Titel „Wie christlich ist die sächsische Politik?“ veröffentlicht worden ist, stellt nach eigener Aussage ausdrücklich keine Wahlempfehlung dar, sondern soll lediglich eine Hilfe zur eigenen Wahlentscheidung sein. Dort heißt es am Ende unter der Überschrift „Schlussfolgerungen“ unter Bezugnahme auf eine Publikation der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland („Vertrauen in die Demokratie stärken“) ausdrücklich *„Wenn wir als Kirchen zu einer lebendigen Demokratie beitragen möchten, dann sehen wir unsere Aufgabe zwar auch darin, in konkreten politischen Auseinandersetzungen unsere Stimme zu erheben. Vor allem aber sehen wir unsere erste Pflicht als Kirchen darin, für eine vitale Kultur des Christentums und einen lebendigen Glauben zu werben und damit zugleich die Grundlagen zu stärken, von denen die Demokratie lebt. Denn wir sind überzeugt: Die Idee, dass alle Menschen als Geschöpfe Gottes gleich an Würde und Rechten sind, die Überzeugung, dass Solidarität mit den Schwachen zu üben ist, die Vorstellung, dass der Mensch nicht auf das Gegebene festzulegen ist, sondern sich durch Bildung weiterentwickeln kann – alles das gehört zu den ideellen Voraussetzungen einer Demokratie. Indem wir für diese Überzeugungen und eine entsprechende, lebendige Glaubenspraxis eintreten, wollen wir dazu beitragen, die Demokratie als Ordnung der Freiheit lebendig bleiben zu lassen.“* Das mag zwar keine ausdrückliche Wahlempfehlung sein. Eine Empfehlung, was man jedenfalls nicht wählen sollte, steckt aber allemal darin – auch ohne die konkrete Erwähnung einer bestimmten Partei.

Und das ist in der aktuellen Situation auch gut so!